



Düren, den 23.06.2016

Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNE, SPD, DIE LINKE und UWG-Piraten für den

Kreistag

voraussichtlich: 30.06.2016

Resolution - Ein klares Ja zu öffentlicher Sicherheit und Ordnung - jederzeit, an jedem Ort!

Beschlussvorschlag:

Die im Hambacher Forst begangenen Straftaten stellen, unbeschadet der Frage nach Hindernissen der Strafverfolgung durch die vermeintliche oder tatsächliche Unmöglichkeit der Ermittlung von Tätern, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Mit Gefährdung für Leib und Leben von Mitarbeitern des bergbautreibenden Unternehmens, Polizeikräften und Demonstranten werden von bislang nicht identifizierten Tätern immer wieder Aktionen durchgeführt, die eine konsequente strafrechtliche Verfolgung erfordern.

Der Beschuss von Menschen mit sogenannten Präzisionsschleudern, deren Genauigkeit und Durchschlagkraft mit Schusswaffen vergleichbar ist, muss dabei mit gleicher Konsequenz verfolgt werden, wie Anschläge mit Feuerwaffen. Die Sabotage von Betriebseinrichtungen, z.B. durch die Anbringung von Hakenkrallen an die Fahrleitung der Betriebsbahn, oder das Anlegen lebensgefährlicher Fallen auf dem Betriebsgelände bzw. im Tagebauvorfeld, sind ebenso gemeingefährliche Straftaten, die das Gemeinwesen nicht dulden darf. Sie müssen geahndet werden, wie andere Gewaltanschläge auch.

Wer mit seinen Taten das Leben, oder die körperliche Unversehrtheit von Menschen vorsätzlich gefährdet, darf nicht mit Nachsicht rechnen können. Zudem gilt: Wer solche Täter deckt, macht sich mitschuldig.

Eine Bagatellisierung jedweder Art untergräbt zudem das Vertrauen der Menschen in den Schutz, den sie mit Recht von den staatlichen Organen erwarten.

Sollte es nicht möglich sein, durch die Ermittlung und anschließende tatbestandsmäßige Strafverfolgung der Täter die Gefährdungslage nachhaltig zu verbessern, müssen präventive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ins Auge gefasst werden, die geeignet sind solche Straftaten zukünftig zu verhindern. Es ist unerträglich und nicht zu rechtfertigen, dass eine kleine Gruppe von Menschen über Monate hinweg den Rechtsstaat ohnmächtig erscheinen lässt.

Die demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland garantiert, dass alles staatliche Handeln an das Gesetz gebunden ist, vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind und unabhängige Gerichte die Bürger vor willkürlichen Eingriffen des Staates schützen. Ebenso fixiert sie das Gewaltmonopol des Staates. Jedwede gewalttätige Aktionen zur Durchsetzung politischer Interessen oder Ziele ist daher grundsätzlich abzulehnen. Dabei ist die Frage beziehungsweise Bewertung von Motiven oder Zielen unbeachtlich.

Es geht angesichts der Vorkommnisse im Hambacher Forst nicht um die Frage Braunkohle ja oder nein- es geht um ein klares Bekenntnis:

Gewalt darf niemals legitimes Mittel der Auseinandersetzung sein. Jeder der Gewalt anwendet, verstößt gegen das Recht und wird zur Rechenschaft gezogen!

Sachverhalt:

Die Fraktionen des Kreises Düren haben gemeinsam o.g. Resolution aufgestellt, in der sie sich klar zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu jederzeit und an jedem Ort bekennen.

gez.

Karl Schavier
Fraktionsvorsitzender
CDU-Kreistagsfraktion

gez.

Bruno Voß
Fraktionsvorsitzender
GRÜNE-Kreistagsfraktion

gez.

Josef Johann Schmitz
Fraktionsvorsitzender
SPD-Kreistagsfraktion

gez.

Michael Hintzen
Fraktionsvorsitzender
UWG-Piraten-Kreistagsfraktion

gez.

Valentin Raimund Veithen
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE-Kreistagsfraktion